

8. Mai 2005 – 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus

Der 8. Mai 1945 vor 60 Jahren ist das Ende des Zweiten Weltkrieges, allerdings – und das kann hier nur am Rande erwähnt werden – nur in Europa, denn in Asien und anderen Teilen der Welt dauerte der Krieg noch fort.

War es eine Befreiung? Mangelte es 1945 in Deutschland nicht am Gefühl des Befreitseins?

Die Soldaten der Alliierten hatten auf ihrem schwer errungenen Weg von den Ufern der Wolga und den Küsten der Normandie in das Innere des Deutschen Reiches Millionen Menschen aus der Gewalt der Faschisten befreit, Franzosen und Russen, Belgier und Weißrussen, Luxemburger und Balten, Niederländer, Ukrainer und Polen. Für sie alle hatte das Wort Befreiung einen unzweideutigen, sofort spürbaren Sinn.

Befreit wurden die überlebenden Insassen der Konzentrations- und Vernichtungslager, jüdische Männer und Frauen, Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, all jene, die von den Faschisten verfolgt und unterdrückt wurden, und all jene, die das Ende des Faschismus herbei gesehnt hatten.

Der 8. Mai ist auch für alle Deutschen – unabhängig von ihrer subjektiven Sichtweise – die Befreiung, die sie aus eigenen Kräften nicht erreichten, die Befreiung aus dem Leben in einem verbrecherischen Staat, der von viel zu vielen Deutschen mitgetragen wurde. Der 8. Mai ist das Ende der Perspektive, in dieser oder jener Weise Täter zu sein bei der Errichtung eines Europa unter dem Hakenkreuz. Es ist das Ende der Perspektive zu funktionieren und – in welchem Umfang auch immer – zu profitieren vom Sklavendasein anderer Völker.

Die Befreiung vom Faschismus war zumindest in Ostdeutschland und der DDR der Beginn einer konsequenten Entnazifizierung. Doch in Westdeutschland waren viele Juristen, Militärs und andere Funktionsträger des faschistischen Apparates wenige Jahre später wieder in Amt und Würden. Die Profiteure des Krieges an den Spitzen der Banken und Großunternehmen wurden in der Bundesrepublik im Gegensatz zur DDR nicht enteignet.

Was auf den ersten Blick den Eindruck eines historischen Datums macht, das ist auf den zweiten Blick von alarmierender Aktualität. Beunruhigend Vieles von dem, was nach 1945 überwindbar schien, hat sich wieder zurückgemeldet und prägt erneut unsere Gegenwart:

- Drohungen mit militärischer Gewalt, militärische Einsätze und Angriffskriege sind wieder zu „legitimen“ Mitteln der herrschenden Politik geworden.
- Die nach 1945 installierten Instrumentarien dialogorientierter Konfliktlösung und die UNO werden zielgerichtet demontiert.
- Es ist heute möglich, dass Staaten und ganze Militärbündnisse das Völkerrecht brechen, wie dies im Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien und auf die Republik Irak geschehen ist, ohne dass dies auch nur im Ansatz sanktioniert wird.
- Die Verpflichtung zu Rüstung und Kriegsbereitschaft soll Bestandteil der EU-Verfassung werden.

- Mit den „verteidigungspolitischen Richtlinien“ von 2003 verfügt Deutschland nun wieder über eine aggressive Militärdoktrin. Parallel dazu wird die Bundeswehr zu einer weltweit einsatzfähigen Interventionstruppe aufgebaut.
- Im Lande selbst wird ein massiver Abbau von Demokratie, Bürgerrechten und sozialstaatlichen Standards durchgesetzt. Gewerkschaftliche Rechte werden auf breiter Front angegriffen.
- Faschisten dürfen sich mit gerichtlicher Genehmigung und unter Polizeischutz frei versammeln. Ihre Parteien sitzen in Landesparlamenten und sind Stichwortgeber für Debatten, die dann von der bürgerlichen Presse und den etablierten Parteien fortgeführt werden.

Der heutige 60. Jahrestag der Befreiung ist alles andere als ein Datum historischer Erinnerung. Er macht einmal mehr deutlich, dass es dringend notwendig ist, alles zu unternehmen, um das Erstarken rechter Entwicklungen in Deutschland zu bekämpfen.

Heute, am 8. Mai diesen Jahres sehen wir – anders als in den vorangegangene Jahrzehnten –, dass deutsche Kriegsführung und Kriegsunterstützung wieder zur Gewohnheit geworden ist. Eine entscheidende und von Konservativen hoch gewürdigte Rolle haben SPD und Bündnis 90/Die Grünen dabei gespielt.

Vor zwanzig Jahren, 1985, – Michail Gorbatschow war im März dieses Jahres Generalsekretär der KPdSU geworden – zeichnete sich in den Augen vieler eine Entspannung ab.

Vor zehn Jahren, 1995, lagen der Golfkrieg von 1991 und der erste Krieg auf europäischem Boden seit 1945 hinter uns: Unter tätiger Mithilfe der Bundesrepublik war die jugoslawische Föderation zerschlagen worden. Und der Krieg in Bosnien und im Kosovo wurde – wie man heute weiß – zielstrebig vorbereitet. Am Golfkrieg 1991 hatte sich die Bundesrepublik vor allem mit der publikumswirksam gestalteten Überreichung eines 18-Milliarden-Dollar-Schecks durch Finanzminister Theo Waigel in Washington beteiligt, allerdings auch durch logistische und nautische Hilfe.

Heute, 2005, entscheidet der Bundestag regelmäßig über Auslandseinsätze deutscher Soldaten, im Mittelmeer, am Horn von Afrika, in Afghanistan usw. Die Behauptung, es handele sich dabei um einen Einsatz im Kampf gegen den Terror ist so absurd, dass sie kaum noch zur Begründung ins Feld geführt wird. Bundeskanzler Schröder nannte bereits vor zwei Jahren in einem „Zeit“-Interview auf die Frage nach seiner größten Leistung die „Enttabuisierung des Militärischen“. Das Wort von der Landesverteidigung am Hindukusch, das eine grundgesetzwidrige Definition der Verteidigung enthält, wird öffentlich nicht mehr diskutiert. Die Mainstreammedien sind in dieser Hinsicht gleichgeschaltet.

60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die Bundesrepublik dabei, sich offen zu einer neuen Rolle als politische und militärische Macht zu bekennen. Die Partnerschaft mit den USA ist dabei von entscheidender Bedeutung. Deren waffentechnischer Vorsprung ist heute so enorm, dass er auf längere Zeit nach Ansicht aller Experten uneinholbar ist. Die USA nehmen sich als einzige existierende Supermacht das Recht heraus, illegale Kriege mit illegaler Kriegsführung zu beliebigen Zeitpunkten und an beliebigen Orten der Welt zu führen. Die Demonstrationen gegen den Irakkrieg, die größten in der Bundesrepublik, wurden von den Regierungsparteien zwar mitgetragen, aber es hinderte die Bundesregierung nicht an der faktischen Unterstützung dieses Krieges. Seitdem ist das Bemühen zu beobachten, die Kriegsablehnung der breiten Bevölkerungsschichten schrittweise abzubauen und eine Bereitschaft zur Unterstützung solcher Kriege aufzubauen.

Zum Krieg und zur Kriegsvorbereitung gehören nationale Demagogie, innere Repression und Sozialabbau. Der Krieg nach außen bedingt stets den Krieg nach Innen gegen die Ärmsten und

Wehrlosesten der Gesellschaft. Die „Patriotismus“-Debatte, die Propagierung einer angeblichen islamistischen Gefahr und globaler Sozialraub zur Füllung von Kriegskassen gehören zusammen. Die Notverordnungspolitik unter dem Stichwort „Hartz“ ist ein Musterbeispiel für die Bewältigung des nötigen Umbaus der Sozialstruktur, nämlich die Verabschiedung von der Zwei-Drittel-Gesellschaft hin zu einer Organisation der Gesellschaft, in der nur noch ein Drittel über sichere Lebens- und Arbeitsverhältnisse verfügt.

Zur Demagogie gehört die mediale Vorbereitung auf den heutigen 8. Mai 2005. Grundtenor ist vielerseits, Deutsche als Opfer darzustellen, die an dem damaligen Krieg im Wesentlichen als passiv Hineingezogene teilnahmen, aber für seine Folgen furchtbar zahlen mussten. Demagogisch ist auch die inflationäre Verwendung des Begriffs der „Verantwortung“. Diese viel beschworene „Verantwortung für die deutsche Geschichte“ bleibt ohne Konsequenz, schlimmer noch: Spätestens seit 1999 kennzeichnet nicht die Verdrängung, sondern die opportune Nutzung der nationalsozialistischen Vergangenheit den Umgang mit der eigenen Geschichte. So wurde die aktive Kriegsunterstützung Deutschlands im Nato-Krieg gegen Jugoslawien mit der Erinnerung an die Shoah legitimiert. Außenminister Joschka Fischer begründete nicht trotz, sondern wegen Auschwitz den ersten aktiven Auslandseinsatz der Bundeswehr. Und selbst der Begriff der Befreiung wird umgedeutet für die Angriffskriege in Jugoslawien und Irak.

Eine organisierte Bewegung gegen diese Politik ist in Deutschland faktisch nicht sichtbar. Allerdings hat der Widerstand gegen den Irakkrieg, zumal im Süden, gezeigt, dass die Bäume dieser Politik nicht in den Himmel wachsen. Der irakische Widerstand, so formulierte eine venezolanische Ministerin im Januar in Berlin, verhindert eine offene Intervention der USA in Venezuela. Die Massendemonstrationen in vielen Ländern, wo US-Präsident Bush auftaucht, sollten für uns Anlass sein, optimistisch in die Zukunft zu sehen: Anders als in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg oder in der Zwischenkriegszeit ist es nicht gelungen, in der deutschen Bevölkerung massenhaft Kriegsbegeisterung zu wecken. Das gilt es auszubauen!

Nie wieder Faschismus! Stoppt die Kriege!

Es lebe die internationale Solidarität!

** Große Passagen dieser Rede sind angelehnt an folgende Veröffentlichungen zum 8. Mai 2005: Aufruf der Vorbereitungsgruppe „Bündnis 8. Mai“, Berlin; Zu den politischen Rahmenbedingungen des 8. Mai 2005, Arnold Schölzel; Mit der Geschichte nicht im Reinen, Kurt Pätzold*